

Wildunfallschäden nähern sich Milliarden-Marke

Rechnerisch kommt es alle zwei Minuten zu einem Zusammenprall eines kaskoversicherten Autos mit einem Wildtier – in Summe ergibt das rund 265.000 Fälle für das Jahr 2022. Da die Reparaturkosten steigen, müssen die Versicherer immer höhere durchschnittliche Schadenssummen überweisen: Nach circa 3.300 Euro im Vorjahr standen 2022 knapp 3.600 Euro zu Buche. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen anziehende Preise für Karosserieteile, aber auch höhere Stundensätze der Kfz-Werkstätten. Die Gesamtaufwendungen beliefen sich bundesweit zuletzt auf rund 950 Millionen Euro.

Neben April und Mai sind die Monate Oktober bis Dezember besonders wildunfallträchtig. Die Versicherer empfehlen, bei einer drohenden Kollision im Zweifelsfall auf Ausweichmanöver zu verzichten, da der Zusammenprall mit einem entgegenkommenden Auto oder einem Baum größeres Gefahrenpotenzial berge. Wenn noch möglich, solle das Licht abgeblendet und langsam vorbeigefahren werden. Kommt es zu einer Kollision, sollten folgende Punkte beachtet werden: Unfallstelle sichern, Polizei rufen, Tier nicht anfassen, Fotos machen, Wildunfallbescheinigung ausstellen lassen, Versicherer benachrichtigen (bevor das Auto repariert oder anderweitig verändert wird).

Nicht alle Banken geben die hohen Zinsen weiter

Nach einer aktuellen Auswertung eines großen Bankenvergleichsportals verhalten sich die deutschen Geldhäuser sehr unterschiedlich, wenn es um die Anhebung der Zinsen auf Tagesgeld geht. Der maßgebliche Einlagenzinssatz im Euroraum beläuft sich seit September auf 4 Prozent, ein Rekordwert, mit dem die Europäische Zentralbank die Inflation in den Griff bekommen will. Manche Banken bieten Neukunden in der Folge bereits mehr als 4 Prozent auf Tagesgeld – während es nach wie vor Institute gibt, die bei einer Anlagesumme von 10.000 Euro überhaupt keine Verzinsung zahlen.

Insbesondere die 548 untersuchten Volksbanken und Sparkassen vollziehen die geldpolitische Zeitenwende sehr zögerlich – im Durchschnitt verzinsen sie Tagesgeld mit 0,59 Prozent, während der marktweite Schnitt bei über 2 Prozent liegt. 19 Volks- und Raiffeisenbanken sowie 14 Sparkassen haben den Zins einstweilen bei 0 Prozent belassen. Oftmals können Kunden indes im persönlichen Gespräch mit der Hausbank bessere Konditionen aushandeln.

Wohngebäudeversicherung spiegelt Baupreisinflation wider

Damit eine Wohngebäudeversicherung die tatsächlichen Kosten für eine Instandsetzung oder einen Neubau abdeckt, werden die Leistungssummen und Prämien in der Regel jährlich an die Preisentwicklung angepasst. Versicherung zum gleitenden Neuwert heißt das Prinzip, das einer Unterversicherung vorbeugt. Grundlage des Anpassungsfaktors sind Daten des Statistischen Bundesamtes, konkret der Baupreisindex für Wohngebäude und der Tariflohnindex für das Baugewerbe.

Wegen der enormen Inflation im Bausektor beträgt der Faktor für das kommende Jahr 7,5 Prozent. Immerhin: Gegenüber diesem Jahr (14,7 Prozent) hat er sich damit fast halbiert. „In Zeiten großer Sorge um die Bezahlbarkeit von Wohnraum ein wichtiges Signal“, findet die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Versicherer-Gesamtverbands Anja Käfer-Rohrbach. Vom langjährigen Mittel der Jahre 2013 bis 2023, nämlich 4,3 Prozent, ist der Anpassungsfaktor 2024 allerdings auch noch weit entfernt. Die aktuelle Inflationsentwicklung lässt indes hoffen, dass er sich dieser Marke im kommenden Jahr weiter annähern wird. „Unsere VersicherungsnehmerInnen können sich darauf verlassen, dass die gleitende Neuwertversicherung jederzeit auch existenzbedrohende Schäden vollständig abdeckt. Niemand muss in Zeiten hoher Inflation eine Unterversicherung fürchten“, hebt Käfer-Rohrbach die Stabilität der Wohngebäudeversicherung hierzulande hervor.

Vermögen der Deutschen nähert sich wieder Vorkrisenrekorden

Im vierten Quartal 2021 war das Vermögen in Deutschland – exklusive Immobilien – auf einen Rekordwert von über 7,6 Billionen Euro geklettert. Dann begann mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 die krisenhafte Konjunkturphase, die bis heute andauert und das Vermögen zunächst schrumpfen ließ. Nun aber stehen die Zeichen auf Erholung: Nach Daten der Deutschen Bundesbank verfügten die Bundesbürger im zweiten Quartal dieses Jahres über Bargeld, Bankeinlagen, Wertpapiere und Ansprüche gegenüber Versicherungen im Gesamtwert von rund 7,5 Billionen Euro.

Die Hauptgründe liegen zum einen in Börsengewinnen, zum anderen und hauptsächlich aber in den gestiegenen Leitzinsen in der Eurozone. Bekanntlich hegen die Deutschen eine Vorliebe für festverzinsliche Anlagen, die sich nun wieder stärker rentieren – auch wenn viele Banken die Zinsen nur zögerlich an ihre Kunden weitergeben. Zugleich stieg die Zahl deutscher Aktionäre 2022 auf 12,89 Millionen, womit der alte Rekordwert von 2001 (12,85 Millionen) endlich übertroffen wurde. Erst 2018 hatten die Vermögen die 6-Billionen-Marke überschritten.

Pandemie-Zurückhaltung beendet: Autodiebe wieder aktiver

Die Zahl der Autodiebstähle ging bereits seit 2015 zurück, 2020 brach sie dann infolge der Corona-Pandemie ein. 2021 wurden mit rund 9.800 (kaskoversicherten) Fällen nur gut halb so viele registriert wie 2015 mit 18.700. Im Zuge der Normalisierung kehrt das Phänomen jedoch zurück: 12.300 Diebstähle zählten die Kfz-Versicherer 2022. Da sich auch die durchschnittliche Schadenssumme um 6 Prozent auf knapp 20.300 Euro erhöhte, leisteten die Kfz-Versicherer insgesamt 249 Millionen Euro, nach 187 Millionen Euro im Vorjahr. Hinzu kamen 114 Millionen Euro für gestohlene Teile wie Lenkräder oder Bordcomputer, ein Plus von 17 Prozent.

Besonders Oberklasse-SUVs erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Langfingern, deren bevorzugtes Operationsgebiet die Bundeshauptstadt darstellt: 29 Fälle auf 10.000 kaskoversicherte Pkw hat Berlin zu beklagen. 14 sind es in Hamburg, 9 in Brandenburg, während im Süden der Republik Quoten von 1 bis 2 pro 10.000 herrschen. Damit die Versicherung einen Diebstahlschaden ersetzt, muss eine Teil- oder Vollkaskopolice bestehen.

EU-Standard für grüne Anleihen kommt

Im Oktober hat das Europäische Parlament den Green Standard verabschiedet, der dem Markt für nachhaltige Anleihen einen Schub geben soll. Bisher ist jener von Wildwuchs und einem Mangel an Transparenz geprägt, was wiederum Greenwashing begünstigt, also die Vermarktung von Anleihen als grün, die dieses Prädikat nach gängigen Kriterien nicht verdienen. Auch aufgrund der daraus folgenden Rechtsunsicherheit halten sich viele institutionelle Investoren, aber auch Privatanleger zurück.

Voraussichtlich ab Ende 2024 können sich Unternehmen und Staaten, die grüne Anleihen begeben wollen, an dem neuen Regelwerk orientieren, müssen es aber nicht. Der Standard definiert, wofür Einnahmen aus Green Bonds – im Einklang mit der EU-Taxonomie – verwendet werden dürfen. Dazu zählen etwa regenerative Energien, nachhaltiges, klimaschonendes Bauen oder „saubere“ Infrastruktur. Zudem gibt es eine „Flexibility Pocket“: maximal 15 Prozent, die abseits der Taxonomie investiert werden dürfen. Unternehmen können mit den Bonds auch ihre eigene grüne Transformation finanzieren.

Große Unterschiede zwischen Cyberversicherungs-Bedingungen

Noch gehören sie in deutschen Unternehmen und Privathaushalten zu den Exoten, doch die Verbreitung steigt angesichts des enormen Schadenspotenzials stetig: Cyberversicherungen. Die Policen zum Schutz vor den Folgen von Hacker- und Malwareangriffen legten 2022, gemessen an den Prämieeinnahmen, um satte 56 Prozent zu. Auch in diesem Jahr wächst der Markt weiterhin kräftig. Dazu dürfte unter anderem die kontinuierlich steigende Zahl der Cyberschutz-Anbieter beitragen.

Eine Analyse von 16 Cyber-Bedingungswerken, durchgeführt von einem darauf spezialisierten Maklerunternehmen, hat nun offenbart: Die Leistungen und Deckungsumfänge liegen mitunter weit auseinander, denn ein Marktstandard hat sich noch nicht herausgebildet. Umso wichtiger ist es, bei der Tarifauswahl die eigenen Schwerpunkte gezielt zu adressieren. Im Zentrum der Überlegungen stehen die folgenden vier Themenblöcke: 1. Wann genau greift die Versicherung (Trigger)? 2. In welchen Fällen gilt der Schutz nicht (Ausschlüsse)? 3. Welche Schutzvorkehrungen werden vom Versicherungsnehmer verlangt (Obliegenheiten)? 4. Soll die Zahlung von Lösegeld eingeschlossen sein?

Studie belegt: „Gender Investment Gap“ beginnt bereits in der Kindheit

Frauen verdienen nicht nur für die gleiche Arbeit weniger als Männer („Gender Pay Gap“), sondern vermehren ihr Ersparnis auch weniger renditeträchtig („Gender Investment Gap“). So legt beispielsweise etwa jeder dritte Mann Geld an den Kapitalmärkten an, bei den Frauen sind es nur 18 Prozent.

Eine aktuelle Studie namens „Finanzielle Sozialisierung und der Gender Investment Gap“ beleuchtet mögliche Ursachen für diesen Unterschied, der nicht zuletzt die Rentenlücke

verschärft. Eine zentrale Rolle dürfte die Familie spielen: Mit Söhnen wird offenbar häufiger über Finanzangelegenheiten gesprochen als mit Töchtern. „Es könnte entweder der Fall sein, dass Finanzen als ein traditionell männliches Thema mit Töchtern tatsächlich weniger diskutiert werden als mit Söhnen. Oder es könnte sein, dass Töchter weniger an dem Thema interessiert sind und daher die Eltern sie seltener in Diskussionen darüber einbeziehen“, so die Autorinnen von der Universität Mannheim. Überdies fehle es an weiblichen Vorbildern für erfolgreiches Investieren. Die Forscherinnen fordern, Finanzbildung in den Schullehrplänen zu verankern, damit die Geschlechter gleichermaßen erreicht werden.